

Jürgen Oelkers

## *Die Bedeutung von Hochschulbildung für Wirtschaft und Gesellschaft* <sup>\*)</sup>

Fragt man nach der „Bedeutung“ akademischer Ausbildungen, dann ist die Antwort so einhellig und unstrittig, dass es schon wieder verdächtig ist. Die Erzählung vom „rohstoffarmen Land“, das nur mit Bildung und Wissenschaft überleben kann, bestimmt derart die Köpfe, dass niemand mehr nachzufragen wagt. Natürlich traue auch ich mich nicht so recht, denn immerhin sorgt die Erzählung ja für die perfekte Legitimation meines Berufes. Und ich muss wenig dafür tun, weil das „rohstoffarme Land“ in der öffentlichen Zitationsrhetorik den Selbstläufer darstellt. Er kommt immer und von jedem, zumal von jedem Politiker.

Aber schon die Vorstellung, dass Bildung der Ersatzrohstoff sein soll, ist irritierend. Aus Rohstoffen wird etwas hergestellt, das am Ende fertig ist oder wenigstens ein überschaubares Kontinuum darstellt, Bildung dagegen lebt von der eigenen Diskontinuität oder von dem, wie Intelligenz für Überraschungen sorgt. Das gilt umso mehr für die Wissenschaft: Ihr Rohstoff sind die eigenen Rätsel. Die Rede vom „rohstoffarmen Land“ kann also nicht in Analogie zur Industriegesellschaft verstanden werden, es geht nicht um ein Substitut für Erdöl, Kohle oder Eisenerz. Aber um was dann? Rohstoffreiche Länder wie Russland können wohl kaum als Vorbild zu Rate gezogen werden.

Der verdächtige Konsens über Bildung und Wissenschaft ist sofort dahin, wenn man nicht nach der *Bedeutung*, sondern nach dem *Nutzen* fragt. „Bedeutsam“ ist jeder gerne, aber möglichst ohne Beschränkungen, wie sie Nutzerwartungen darstellen, die man bekanntlich erfüllen oder auch nicht erfüllen kann. In beiden Fällen gibt es spürbare Reaktionen, die sich mit der Sprache des Behaviorismus fassen lassen; die Reaktionen nämlich sind einerseits Belohnungen und andererseits Sanktionen, je nachdem, ob der Nutzeffekt eingetreten ist oder nicht. Behaviorismus aber ist das Letzte, mit dem Bildung und Wissenschaft zu tun haben wollen. Sie verstehen sich *zweckfrei*, oder unabhängig vom erkennbaren Nutzen. Bildung ist nicht messbar, ist der Standardreflex gegen PISA.

Für einen Pädagogen ist es unvermeidlich, auf den Kronzeugen dieser Idee der zweckfreien Bildung einzugehen, nämlich auf Wilhelm von Humboldt. Der Name wird reflexhaft mit der Idee assoziiert, als würde die Idee besser, nur weil ständig der Name genannt wird. Was für den Pädagogen naheliegt, muss für sein Publikum nicht unbedingt interessant sein. Insofern riskiere ich etwas. Humboldt starb 1835 in Tegel und ist also Geschichte. Historische Vergleiche können bekanntlich leicht zur Problemvermeidung beitragen, man sucht in der Vergangenheit, was in der Gegenwart gar nicht vorkommt, oder beruft sich auf eine Geschichte, die gut klingt, aber nie eine Fortsetzung gefunden hat.

---

<sup>\*)</sup> Vortrag auf dem LUSTAT-Meeting am 29. September 2010 in Luzern.

Auf der anderen Seite lebte die gesamte deutschsprachige Diskussion über die Bologna-Reform von der Berufung auf Humboldt. Der Name kann einen langen Schatten werfen, insbesondere dann, wenn ein Gespenst vertrieben werden soll, das „Ökonomisierung der Bildung“ genannt wird. Gegen diesen Gottseibeius hilft nur Humboldt, der gleichsam als Herrgottswinkel der Bildungstheorie verstanden wird. Allerdings verrät die ständige Anrufung Humboldts nicht unbedingt auch die dafür erforderliche Lektüre, es soll - frei nach Marx und Engels - einfach nur das neue Gespenst vertrieben werden, das in Europa umgeht und „Bologna“ genannt wird.

„Wo bleibt Humboldt?“ lautete im letzten Jahr eine Frage des studentischen Protestes, die auf vielen Plakaten zu sehen war. Die Frage erinnert an Advent, man wartet auf einen Heilsbringer, der Wilhelm von Humboldt in seinem realen Leben sicher nie gewesen ist. Sein Name steht für das, was der deutsche Soziologe Helmut Schelsky 1963 Studieren in „Einsamkeit und Freiheit“ genannt hatte.

- Schelsky berief sich dabei auf Humboldt,
- nämlich auf seinen unvollendet gebliebenen Plan der „inneren und äusseren Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin“,
- der wohl im Verlaufe des Jahres 1809 entstanden ist (Schelsky 1963, S. 141ff.).

Humboldt war seit dem 10. Februar 1809 als Geheimer Staatsrat und Direktor für Kultus und Unterricht im Preussischen Ministerium des Inneren tätig. Anlass für den Organisationsplan war Humboldts Antrag auf Errichtung der neuen Universität Berlin, der in der ersten Fassung am 12. Mai 1809 vorgelegen hat. Es geht hier um die Frage der *universitas*:

- Von einer wirklichen „Universität“, so Humboldt, könne nur dann die Rede sein, wenn keine Wissenschaft ausgeschlossen wird, die akademischen Rechte gewahrt sind und auch Gewähr besteht, dass keine „bloss praktische Anstalt“ eingerichtet wird.
- „Theorie und Praxis bey dem Unterricht“ in der Universität dürfen nicht getrennt sein, sondern müssen sich aufeinander beziehen (Humboldt Werke Band IV/S. 31).

In der zweiten Fassung des Antrages vom 24. Juli 1809 heisst es wiederum, dass die neue Anstalt alles enthalten müsse, was der Begriff einer „Universität“ mit sich bringt: „Sie könnte, von richtigen Ansichten allgemeiner Bildung ausgehend, weder Fächer ausschliessen, noch von einem höhern Standpunkt, da die Universitäten schon den höchsten umfassen, beginnen, noch endlich sich blos auf praktische Uebungen beschränken“ (ebd., S. 115/116).

- Im Organisationsplan heisst es dann, die höheren wissenschaftlichen Anstalten könnten ihren Zweck nur erreichen, „wenn jede, soviel als immer möglich, der reinen Idee der Wissenschaft gegenübersteht“.
- Aus diesem Grunde, so Humboldt, „sind Einsamkeit und Freiheit die in ihrem Kreise vorwaltenden Principien“ (ebd., S. 255).

Allerdings ist das nicht alles: Zurückgezogenheit und Unabhängigkeit genügen nicht. Die Universität wird auch durch das „Zusammenwirken“ der Personen bestimmt, das keinen Zwang verträgt, sondern von Anerkennung und Begeisterung für das Werk der Anderen getragen wird.

- Daher muss die „innere Organisation“ der wissenschaftlichen Anstalten „ein ununterbrochenes, sich immer selbst belebendes, aber ungezwungenes und absichtsloses Zusammenwirken hervorbringen und unterhalten“ (ebd., S. 255/256).
- Das, so Humboldt, gelte für die Professoren und die Studenten gleichermaßen: „Beide sind für die Wissenschaft da“ (ebd., S. 256) - und nicht für den Arbeitsmarkt, wie man heute ergänzen könnte.

Die Begeisterung für die Werke der Anderen hielt sich immer in Grenzen, Studieren ohne Arbeitsmarkt dürfte schwierig sein und die innere Organisation der wissenschaftlichen Anstalten war immer vom Prinzip der fachlichen Konkurrenz geprägt. Ohne Herausforderung der Autoritäten könnte es kaum Fortschritte des Wissens geben, die sich nur dann einstellen, wenn Lehrmeinungen bekämpft werden.

Aber etwas Anderes ist auffällig. Humboldts Plan setzte kleine Zahlen voraus. Die Universität Berlin, die heute den Namen ihres Gründers trägt und von 1828 an Friedrich-Wilhelms-Universität hiess, wurde am 16. August 1809 gegründet und nahm im darauffolgenden Jahr ihren Lehrbetrieb auf.

- Im ersten Semester waren 256 Studierende eingeschrieben, die von 52 Dozenten unterrichtet wurden.
- Die drei grössten deutschen Universitäten im 19. Jahrhundert waren die in Berlin, Leipzig und München.
- 1850 waren in Berlin 1.428 Studenten eingeschrieben, 1870 waren es 2.208; erst nach der Reichsgründung kam es zu einem wirklichen Anstieg der Studierendenzahlen.
- 1893 zählte die Universität Berlin bereits 4.870 Studenten, die grösste einzelne Gruppe waren angehende Theologen, deren Zahl sich auf 620 belief.

Ich erwähne die Zahlen, um darauf hinzuweisen, dass Humboldt bei Gründung der Universität Berlin keinen Massenbetrieb vor Augen hatte, zu dem sich die „wissenschaftlichen Anstalten“ aber allmählich und offenbar unaufhaltsam entwickelten. Alle heutigen Diskussionen müssen vor diesem Hintergrund verstanden werden. Humboldt schrieb vor dem Hintergrund von 52 ordentlichen Professoren, die er zum Teil selbst berief, die sich untereinander alle kannten und eigene Formen akademischer Geselligkeit pflegten.

Im Wintersemester 2008/2009 waren an der Humboldt-Universität 28.643 Studierende eingeschrieben, Ende des 18. Jahrhunderts gab es in ganz Deutschland keine 6.000 Studenten, die meisten waren Söhne von Pfarrern oder Höheren Beamten, die wiederum auf kirchliche oder auf Beamtenkarrieren vorbereitet wurden. Die innere Organisation bestand aus vier Fakultäten, die gesellschaftlich ganz unterschiedlich bedeutsam waren. Es gab mehr Stellen für Pfarrer als für Gymnasiallehrer und erst Physiologie und Hygiene machten die Medizin zu dem, was sie heute ist, die mit Abstand gewichtigste einzelne Arbeitseinheit der modernen Universität. Man stelle sich die Gesellschaft ohne medizinische Forschung und deren Kosten vor.

Vor 1810 waren Universitäten Berufsschulen, nicht Stätten der Wissenschaft, die in Akademien oder Gelehrten Gesellschaften stattfand. Die Universitäten bildeten für akademische Berufsfelder aus, also hatten angehende Ärzte, Juristen, Pfarrer oder Philologen in ihren Reihen. Aber das wurde nach 1810 nicht etwa anders, weder die medizinische noch

die juristische oder die theologische Fakultät haben je etwas Anderes gemacht als für akademische Berufe ausgebildet. Gesellschaftliche Bedeutung hatte auch die Humboldtsche Universität vor allem aus diesem Grunde. Auch sie wurde gewählt, weil der Studienabschluss mit einer Berechtigung verbunden war. Und zu den Merkwürdigkeiten der Geschichte zählt der Tatbestand, dass die vierte, die Philosophische Fakultät, immer grosszügig übersehen konnte, dass sie angehende Gymnasiallehrer ausbildet. Die männliche Form ist natürlich nur historisch korrekt.

Ein Notberuf für Akademiker war der Hauslehrer, den man wählen musste, wenn man die falschen Fächer studiert hatte oder gerade keine Stelle als Pfarrer frei war. Was im 19. Jahrhundert mit „Brotstudium“ bezeichnet und verächtlich gemacht wurde,<sup>1</sup> bestimmte bis 1810 das Studium an den deutschen Universitäten, die oft so klein waren, dass sie ohne „Brotstudenten“ gar nicht hätten überleben können. Das Gleiche galt für die Zeit nach der Gründung der Universität Berlin. Auch ihre Studiengänge führten mehrheitlich zu „Brotberufen“ und auch Philosophen, die sich nicht auf ein Berufsfeld einlassen wollten, haben nicht protestiert, als die Zahl der Philosophie-Lehrstühle erhöht wurde. „Einsamkeit und Freiheit“ ist einfach nur die Formel für ein weitgehend unreglementiertes Studium, aber nicht für Zweckfreiheit.

Humboldt wollte eine staatliche Universität *als* „Gelehrte Gesellschaft“. Daher heisst es im Organisationsplan:

„Was man ... höhere wissenschaftliche Anstalten nennt, ist, von aller Form im Staate losgemacht, nichts Anderes als das geistige Leben der Menschen, die äussere Musse oder inneres Streben zur Wissenschaft und Forschung hinführt“ (ebd.).

Der Staat stellt die Mittel zur Verfügung, aber mischt sich nicht ein. Im Gegenteil muss der Staat darauf sehen, dass die wissenschaftliche Tätigkeit „in ihrer regsten und stärksten Lebendigkeit“ erhalten bleibt, was die unbedingte Autonomie der Universität zur Voraussetzung hat. Sie verwaltet sich selbst. Der Staat muss aber auch darauf achten, dass sie, wie Humboldt sagt, nicht „herabsinkt“.

- Sie darf nicht zur Schule werden, sondern muss von dieser unbedingt getrennt sein.
- Anderes ist nicht zu tun.
- Der Staat ist „hinderlich“, sobald er sich in die inneren Angelegenheiten der Universität „hineinmischt“ (ebd., S. 256/257).

Diese These hatte Humboldt schon 1792 in seinem berühmten *Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen*, entwickelt. Dieses erste Manifest des Liberalismus in deutscher Sprache stellt die Frage, welches die „vorzüglichsten *nachtheiligen* Folgen“ sind, die sich aus einer „positiven Sorgfalt des Staats für den Wohlstand der Bürger“ ergeben (Humboldt Werke Band I/S. 83; Hervorhebungen J.O.). Primär geht es um die „Einschränkungen der Freiheit“, die der Staat in Kauf nimmt, wenn er immer mehr Aufgaben an sich zieht, für die eine unbedingte Notwendigkeit aber gar nicht besteht (ebd., S. 84).

„Vorzüglich ist hierbei ein Schade nicht zu übersehen, weil er den Menschen und seine Bildung so nahe betrifft, nemlich, dass die eigentliche Verwaltung der

---

<sup>1</sup> „Brotstudium“ heisst etwa ein persiflierendes Gedicht von August Heinrich Hoffmann von Fallersleben, das 1843 in der Sammlung *Deutsche Lieder aus der Schweiz* veröffentlicht wurde.

Staatsgeschäfte dadurch eine Verflechtung erhält, welche, um nicht Verwirrung zu werden, eine unglaubliche Menge detaillirter Einrichtungen bedarf, und ebensoviele Personen beschäftigt. Von diesen haben indes doch die meisten nur mit Zeichen und Formeln der Dinge zu tun“, nicht mit diesen selbst (ebd., S. 85).

Auf diese Weise entstehen Staatsdiener, die nichts weiter tun, als die Staatsgeschäfte zu verwalten, die sich mit eben dieser Verwaltung immer mehr ausdehnen. Die Folgen werden so beschrieben:

„Dadurch werden nicht nur bloss viele, vielleicht trefliche Köpfe dem Denken, viele, sonst nützlicher beschäftigte der reellen Arbeit entzogen; sondern ihre Geisteskräfte selbst leiden durch diese zum Theil leere, zum Theil zu einseitige Beschäftigung“ (ebd.).

Als Humboldt diese Sätze schrieb, hatten die Universitäten fast keine Verwaltung, es genügte ein Sekretariat für das Ein- und Ausschreiben, verwaltet ausschliesslich von Männern, ein Pedell, der die Aufsicht führte, eine Buchhaltung sowie ein Hausdienst (Bornhak 1900). Die Lehrstühle waren die Professoren selbst. Das änderte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts, und das geschah, wie Humboldt es vorhergesagt hatte; mit dem Zuwachs der Aufgaben wuchs die Verwaltung, und zwar immer über Provisorien, die allmählich dauerhaft wurden, wobei nie genügend Mittel zur Verfügung standen, was immer den Ruf nach Vermehrung zur Folge hatte.

Seine These bezog Humboldt auf die gesamte Staatsverwaltung, nicht nur auf die Verwaltung der Bildungsinstitutionen, die um 1800 vergleichsweise schwach ausgeprägt war. Was Humboldt vor Augen hatte, war die Entwicklung von einer oft informellen örtlichen Selbstverwaltung hin zur verschriftlichten und formalisierten Bürokratie des Zentralstaates, die sich gegenüber dem Auftraggeber verselbstständigt. Das war tatsächlich ein Basisprozess im 19. Jahrhundert, den Humboldt ahnungsvoll so fasste:

„Es entsteht nun ein neuer und gewöhnlicher Erwerb, Besorgung von Staatsgeschäften, und dieser macht die Diener des Staates so viel mehr von dem regirenden Theile des Staats, der sie besoldet, abhängig, als eigentlich von der Nation. Welche fernern Nachtheile aber noch hieraus erwachsen, welches Warten auf die Hülfe des Staats, welcher Mangel der Selbstständigkeit, welche falsche Eitelkeit, welche Unthätigkeit sogar und Dürftigkeit, beweist die Erfahrung am unwidersprechlichsten“ (Humboldt Werke Band I/S. 85).

Solche Sätze eines Liberalen sind kaum geeignet, studentischen Protest zu begründen, der ja nicht den Sozialstaat angreift, sondern nur die schlechte Verwaltung eines Staatsgeschäfts, welches „Bologna-Prozess“ genannt wird. Allerdings hat bereits Humboldt darauf verwiesen, dass der Verwaltungsstaat dazu neigt, einfach immer neue „Werkzeuge der Wirksamkeit“ aufzuhäufen und dabei die lebendigen Kräfte zu vernachlässigen (ebd., S. 86).

Es heisst tatsächlich „Werkzeuge der Wirksamkeit“, wobei nie gesagt wird, wie wirksam diese Werkzeuge tatsächlich sind. Sie binden Zeit und lähmen die Kräfte und dies in bester Absicht. Mit Humboldt, anders gesagt, lassen sich die Bürokratiefolgen des Bologna-Prozesses gut beschreiben, die ja nicht nur mit der Jagd nach Punkten, sondern auch mit einer grassierenden Evaluationswut zu tun haben. Ständig soll „Wirksamkeit“ erfasst werden, was

zur Folge hat, die Forschungszeit auf die Drittmittelanträge und genauer: auf die vermuteten Gutachter einzustellen.

Man darf nicht vergessen, hatte Humboldt gesagt,

„dass, wenn einmal schädliche Einflüsse vorhanden sind, das Verderben mit sehr beschleunigten Schritten weiter eilt“  
(ebd., S. 88).

Doch nicht der liberale Staatstheoretiker Humboldt begleitet den heutigen Protest gegen die Bologna-Reform, sondern der Bildungstheoretiker. Zitiert werden dann die einschlägigen Passagen aus dem Organisationsplan, ohne zu fragen, wann diese sich jemals auf eine erfahrbare Realität haben beziehen lassen. Für Humboldt verbindet sich damit etwas Wesentliches, nämlich *Bildung*.

„Denn nur die Wissenschaft, die aus dem Innern stammt, und in's Innere gepflanzt werden kann, bildet auch den Charakter um, und dem Staat ist es ebenso wenig als der Menschheit um Wissen und Reden, sondern um Charakter und Handeln zu tun“  
(ebd.).

Der erste Rektor der Alma Mater Berolinensis war der Philosoph Johann Gottlieb Fichte, der wegen seiner furiosen Freiheitsreden auch der „deutsche Jakobiner“ genannt wurde. Ihm hätte dieses Zitat gefallen, das aber zu verstehen ist als allgemeiner Erziehungsanspruch, den keine Universität haben darf, wenn sie sich dem Anspruch reiner Wissenschaft stellen will, den Humboldt für sich formuliert hat.

Aber so „rein“ ging es natürlich nicht zu. Zu den Professoren, die Humboldt selbst berufen konnte oder die kurz nach ihm berufen wurden, gehörten etwa

- der Jurist Friedrich Carl von Savigny, der Begründer der historischen Rechtsschule,
- der Polyhistor Albrecht Daniel Thaer, Begründer der modernen Agrarwissenschaft,
- Carl Ritter, neben Humboldts Bruder Alexander einer der Begründer der wissenschaftlichen Geographie,
- der Mediziner Christoph Wilhelm Hufeland, Begründer der Poliklinik und erster Dekan der Medizinischen Fakultät oder
- der klassischen Philologen August Boeckh, der die antike Sozialgeschichte begründete.

Sie betrieben in Berlin ihre Wissenschaften, die kein allgemeiner Bildungsbegriff mehr zusammenfasste. Es war, soll das heißen, schon bei Beginn der modernen Forschungsuniversität nicht möglich, die innere Organisation aus einer Theorie der zweckfreien Bildung abzuleiten oder sie darauf zu beziehen. Zwischen Agrarwissenschaft, Geographie, Medizin und klassischer Philologie war „Bildung“ keineswegs die Klammer, und was die einzelnen Wissenschaften taten, hatte immer auch mit der Gesellschaft zu tun.

- Recht, Agronomie, Geographie, Medizin und Sozialgeschichte sind Erkenntnisfelder mit einem wie immer gearteten Handlungsbezug, der gerade von den genannten Professoren bewusst gesucht wurde.
- Die Wissenschaft sollte frei sein, aber nicht fern der Gesellschaft stattfinden.

- Freiheit der Forschung und Nutzen schlossen sich nicht aus.

Allerdings haben manche Professoren ihr Heil in der Volkspädagogik gesucht, die ein besonders riskantes Geschäft darstellt. Heute spricht man von „Experten“, die die Bedeutsamkeit ihrer Wissenschaft in den Medien anbieten und dabei die Erfahrung machen, dass „Bedeutung“ auf drei Sätze schrumpfen kann.

Was Humboldts Professoren am Konzept der neuen Universität überzeugte, war neben der Unterstützung ihrer Arbeit und dem Gehalt der Zusammenhang von Forschung und Lehre. An den früheren Universitäten wurden wie in der Schule Lehrbücher vorgelesen, nunmehr konnte der Unterricht freier gestaltet und auf die eigene Forschung bezogen werden. In einigen, aber längst nicht allen Fächern verschwand allmählich, was heute wieder eingeführt wird, nämlich das Studium von Lehrbuchwissen. Allerdings galt auch der erneuerte Unterricht einer schmalen Elite, die auf den Gymnasien eine strenge Auswahl durchlaufen musste. Keine drei Prozent eines Jahrgangs studierten um 1900.

Nach 1960 haben die Universitäten im deutschen Sprachraum eine Öffnung vollzogen, ohne zugleich die Ideale bei Gründung der Berliner Universität ausser Kraft zu setzen. Berufsschulen wollten die deutschen und die Schweizer Universitäten nie mehr werden, wobei grosszügig übersehen wurde, dass auch die Berliner Universität von Beginn an primär für Berufe ausgebildet hat, nur besser als früher.

- Das Prinzip des forschenden Lernens gilt bis heute und rechtfertigt keinen Pauketrieb,
- aber auch keine Rückkehr zu „Einsamkeit und Freiheit“,
- als so gut wie nichts an Reglementen vorgegeben war und viele Studenten genau daran scheiterten.

Heute studiert in der Schweiz ein Drittel eines Jahrgangs, zählt man die Gymnasialmatur und die Berufsmatur zusammen. Die grössere Zahl erhöht naturgemäss die gesellschaftliche Bedeutung akademischer Bildung und damit vermutlich auch den Nutzen, obwohl der sich inzwischen auch in anderen Karrieren niederschlägt als nur denen der klassischen akademischen Berufe. Karrieretechnisch ist der Bezug der Hochschulbildung zur Gesellschaft fluid geworden; dass man lebenslang eine Stelle besetzt und an einem Ort bleibt, ist inzwischen ein Grenzwert.

Selbst in der Schule - ein Ort mit scheinbar grossem Gleichmass - finden wir heute mehr Mobilität als je zuvor. Eigentlich führt die Ausbildung hier in eine Sackgasse, aber eben deswegen steigt die Mobilität. Die Lehrerinnen- und Lehrerbildung, will ich sagen, führt nicht zwingend zur Berufstreue, und davon profitiert die Schule, die keine erschöpften Lehrkräfte verträgt und ihr Gleichmass - manche sprechen auch von Trägheit - verlieren muss.

In anderen Berufen, die einen Hochschulabschluss voraussetzen, dürfte das nicht anders sein. Und auch wenn man den Beruf aufgrund der Ausbildung nicht wechseln kann - Ärzte werden nie Polizisten -, so hat sich die Mobilität in den Berufen dramatisch erhöht, und dies vor allem dort, wo das professionelle Wissen gefragt ist.

- Wer nach dem Abschluss des Studiums nicht weiterlernt, fällt zurück und mindert seine Chancen,
- was auf der anderen Seite bedeutet, dass eine Hochschulausbildung keinen wirklichen „Abschluss“ darstellen kann

- und sich jeder Absolvent auf die Anschlüsse einstellen muss.

Das gilt bei einem schnellen Wandel des Ausbildungswissens in allen Fächern. Ich nehme meinen Fall: Wer vor zwanzig Jahren ein Pädagogik-Studium abgeschlossen hat, wird heute das Fach nicht wiedererkennen, und dies nicht aus dem Grunde, weil wegen Bologna anders studiert wird.

Das Ausbildungswissen hat sich verändert und wird sich weiter ändern. Der Symbolwert der akademischen Abschlüsse hat sich dagegen trotz Verbreiterung kaum verändert. Ein Doktorat signalisiert hohe gesellschaftliche Bedeutung, allerdings gibt es auch hier einen Grenzwert, der „diploma disease“ genannt wird. Akademische Abschlüsse dürfen nicht epidemisch werden, wenn die Universität ihren gesellschaftlichen Rang erhalten will. Sie muss exklusiv bleiben und das bei wachsenden Zahlen auch in der Schweiz. Ihre gesellschaftliche Bedeutung spiegelt sich in dem, was sie an Abschlüssen zulässt.

Ökonomen können den Nutzen steigender Bildung gut berechnen. Wachstum darf nur nicht zu Lasten der Qualität gehen, und es geht nicht nur um Universitäten, sondern ebenso um die Fachhochschulen, die nicht selten zu ökonomisch besseren Abschlüssen führen. Generell entsteht mit dem erhöhten Nutzen das Problem der zunehmenden Abhängigkeit der Gesellschaft von der akademischen Bildung, auf das Talcott Parsons 1973 in seiner Studie *The American University* aufmerksam gemacht hat (Parsons/Platt 1973). Humboldts Modell von Staat und Universität war zu einfach, weil es nur Autonomie und nicht zugleich auch Abhängigkeit vorsah, dies wechselseitig und auf mehreren Ebenen zugleich. Die akademische Bildung ist auf die Gesellschaft bezogen, aber die ist von der Forschung auch abhängig und so nicht nur Nutzniesser.

„Einsamkeit und Freiheit“ ist ohne Studienordnung gedacht, ohne Drittmittel und ohne demokratische Rechenschaftslegung. Es ist das Modell des zurückgezogenen Philosophen, der möglichst alles gelesen haben will, bevor er sich an die Öffentlichkeit wendet, die zudem nicht wirklich als Leser betrachtet wird. Es ging Schelsky nicht um Problemlösungen, sondern um die freie Reflexion eines ungebundenen Autors, also letztlich um ihn selbst.

- Doch von der Wissenschaft werden Beiträge zur Lösung von Problemen erwartet, die die Wissenschaft zum Teil selbst definieren kann.
- Hier liegt das Zusammenspiel von Bedeutung und Nutzen, wobei allerdings die Freiheit der Forschung vorausgesetzt ist.

Wer die Freiheit der Forschung beeinträchtigt, ist dumm, weil sowohl gute Probleme als auch gute Lösungen nicht zustande kommen. Man nennt das die „Stuyvesant-Forschung“: Rauchen war lange Jahrzehnte harmlos, aber nur weil die Tabakindustrie das so wollte.

Bleibt die Studienorganisation und so der formale Rahmen der Hochschulbildung. Das heutige Bologna-System hat nicht nur Nachteile. Gut gemacht, sorgt es für Transparenz, zwingt zur Anpassung der Curricula und gibt den Studenten Kundenmacht. Ein erster Abschluss nach drei Jahren ist in vielen Fächern sinnvoll, sofern damit ein Arbeitsmarkt verbunden ist und das Weiterstudium durch den Abschluss nicht behindert wird. Und auch Module sind, für sich genommen, kein didaktisches Teufelswerk, weil sie Studienelemente aufeinander beziehen können und so die Studierbarkeit verbessern.

- Unsinn ist, jedes Element prüfen zu lassen.
- Vor allem das führt zu einem Pauketrieb, der nicht nachhaltig sein kann.

- Und es ist auch nicht sinnvoll, eine unelastische Studienstruktur für die gesamte Universität anzulegen.
- Was für die Juristen eine Befreiung ist, kann für die Philosophen nur ein Gängelband sein und umgekehrt.

Was also bekämpft werden sollte, ist die strikte Verwaltungsförmigkeit des Studiums. Darin bekommt Humboldt schliesslich Recht. Der „Bologna-Prozess“ dient einer wundersamen Kompetenzvermehrung in der Verwaltung ohne eigenen Effizienznachweis. Es sind einfach nur mehr Aufgaben zu bewältigen, ganz wie Humboldt das vorhergesehen hatte. Früher gab es in der Universitätsverwaltung weder Strategie- noch Evaluationsstellen, heute sind das unabwiesbare Notwendigkeiten, die eingerichtet und ohne grossen Zuwachs des Budgets auch bezahlt werden müssen. Entgegen Niklas Luhmann: Man wartet vergeblich auf die Komplexitätsreduktion.

In der Schweiz war die grundlegende Vorentscheidung bei der Einführung der neuen Organisation, nicht allzu viel am alten System der Studiengänge zu verändern, auch um keine Spardiskussionen auszulösen. Die neue Unterscheidung von Bachelor- und Masterabschlüssen ist auf das alte Lizentiatsstudium übertragen worden. Das heisst: Viele Masterstudiengänge sind konsekutiver Natur, also schliessen an den eigenen Bachelorabschluss an. Von einer „Bestenauslese“ für Masterstudiengänge und so einem unnötigen Leistungsdruck war nie wirklich die Rede, was bei einer Maturitätsquote von landesweit 19% auch naheliegend ist.

Und was in Deutschland abfällig „Ökonomisierung“ der Bildung genannt wird, ist in der Schweiz kein Thema:

- Erstens weil man weiss, wie teuer Bildung tatsächlich ist und dass daher die Rechenschaft über die Verwendung der Mittel ein demokratisches Gebot sein muss,
- zweitens weil die Wirtschaft keinen direkten Einfluss auf staatliche Programme nehmen kann und das klugerweise auch nicht versucht,
- und drittens weil es nie einen zweckfreien Begriff von „Bildung“ gegeben hat.

Die öffentliche Bildung in der Schweiz dient seit 175 Jahren der Vorbereitung künftiger Bürgerinnen und Bürger auf die demokratische Gesellschaft und der Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Das eine Ziel ist kein Widerspruch zum anderen.

Trotz meiner rhetorischen Einwände zu Beginn: Verwendet man die Metapher pragmatisch, dann kann tatsächlich niemand bestreiten, dass ein rohstoffarmes Land wie die Schweiz nur mit hohen Investitionen in Bildung auf allen Ebenen den Lebensstandard halten und in der internationalen Konkurrenz bestehen kann. Schon aus diesem Grunde ist zu Recht von einem „Bildungsraum Schweiz“ die Rede (Criblez 2008), was nicht nur für den obligatorischen Bildungsbereich, sondern gerade auch für den tertiären Sektor gilt. Ein Forschungsplatz Schweiz wäre ohne hohe Investitionen in Bildung und Wissenschaft nicht möglich. Allerdings muss sich auch die Frage nach dem Nutzen stellen lassen.

Was unstrittig ist, verdeckt leicht die Probleme. Die Schweiz hat im internationalen Vergleich einige Besonderheiten, die heute oft als Anomalien bezeichnet werden. Da ist einmal das duale System der Berufsbildung und zum anderen die konkurrenzlos niedrige Maturitätsquote. Damit hängt die ebenso konkurrenzlos niedrige Quote der Jugendarbeitslosigkeit zusammen. Beide Quoten können als Indikator für Qualität angesehen

werden, aber die Struktur des Schweizer Bildungssystems steht unter Druck, weil sich das europäische Umfeld im Bildungsbereich gänzlich anders entwickelt hat und weiter entwickeln wird, nämlich deutlich in Richtung Verschulung der Sekundarstufe II und Anhebung der gymnasialen Maturität. Das hätte unmittelbar Folgen für die Universitäten, nämlich Studierende, für die wie in Italien und Frankreich auch bei besten Abschlüssen kein Arbeitsmarkt besteht.

Die Kernfrage ist, ob die bestehende Struktur der Hochschulausbildung überlebensfähig ist, wenn sich das nahe Umfeld verändert.

- Meine Antwort lautet so: Bildung hat mit Diversifikation zu tun.
- Alles, was auf ein Nadelöhr hinausläuft, ist gefährlich, wie sich an verschiedenen Ländern der europäischen Union zeigen liesse.
- Mit Diversifikation muss Durchlässigkeit einhergehen, Bildungskarrieren dürfen nicht in Sackgassen enden und andererseits müssen Hochschulausbildungen sich tatsächlich lohnen.

Ein spezielles Problem ist der wissenschaftliche Nachwuchs, der sich im Umfeld akademischer Berufe bewähren muss, was nur möglich ist, wenn es auch hier keine Einbahnstrassen gibt. Diversifikation ist vor allem seit der Einführung der Berufsmaturität und der Fachhochschulen gegeben und man kann nur dafür plädieren, die beiden Säulen im Hochschulbereich zu stärken, wozu auch hier Durchlässigkeit zählt.

Beispiele aus anderen Ländern zeigen, dass die blosserhetorik der „Wissensgesellschaft“ den Blick eher verstellt, weil es so aussieht, als könnten nur Universitäten für den in Zukunft nötigen Wissenstransfer sorgen. Der Umschlag des Wissens hängt einerseits natürlich von Forschung ab, andererseits aber auch von dem, was man „Entwicklung“ nennt, also von geschickter Implementation in Unternehmen, Betrieben, Verwaltungen und nicht zuletzt auch Schulen. Innovationen in der Gesellschaft gibt es nicht einfach nur durch die Anreicherung der Publikationsliste.

Langsame Lehrmittel darf es in Zukunft nicht mehr geben, am besten sollte gut belastbares neues Wissen unmittelbar nach der Akzeptanz in der Forschungsgemeinschaft mit Fragen der Didaktik verbunden werden. Das geschieht heute nicht und wäre ohne elektronische Lehrmittel auch gar nicht möglich. Der Transfer der Universität in die Gesellschaft führt auch über die öffentliche Bildung und deren Institution, die Schule, kann sich dem Wandel der Lerntechnologien nicht einfach verschliessen; dass die Lehrkräfte das Know-how nicht beherrschen, ist keine sehr gute Ausrede.

Es ist ein Vorteil, wenn für diese Prozesse von Forschung und Entwicklung unterschiedliche Typen von Hochschulen zur Verfügung stehen. Grundlage ist nicht mehr einfach die Idee der „universitas“, sondern eine Spezialisierung auf ganz unterschiedliche Abnehmer hin. Auch die klassische Universität hatte - und hat - immer einen „Abnehmer“, jemand, der etwas mit ihren Leistungen anfangen kann. Und das können nicht nur andere Universitäten sein. Nur so kann von einer wirklichen „Bedeutung“ von Hochschulausbildung für Gesellschaft und Wirtschaft die Rede sein.

*Literatur*

- Bornhak, C.: Geschichte der preussischen Universitätsverwaltung bis 1810. Berlin: Reimer 1900.
- Criblez, L. (Hrsg.): Bildungsraum Schweiz. Historische Entwicklungen und aktuelle Herausforderungen. Bern: Haupt 2008.
- Humboldt, W. v.: Werke in fünf Bänden, hrsg. v. A. Flitner/ K. Giel. Band I: Schriften zur Anthropologie und Geschichte. 3. Aufl. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1980.
- Humboldt, W. v.: Werke in fünf Bänden, hrsg. v. A. Flitner/ K. Giel. Band IV: Schriften zur Politik und zum Bildungswesen. 2., durchges. Aufl. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1964.
- Parsons T./Platt, G.M.: The American University. Cambridge/Mass.: Harvard University Press 1973.
- Schelsky, H.: Einsamkeit und Freiheit. Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reformen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag 1963.